

# Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein e.V.

(463.) Protokoll über die Jahresmitgliederversammlung am 16. März 2007

Anwesend: **Ammerich**, Dr. Hans, Landau; **Armgar**, Dr. Martin, Speyer; **Balharek**, Christa, Karlsruhe; **Behrens**, Eva Maria, Karlsruhe; **Bock**, Michael, Kronau; **Bräunche**, Ernst Otto, Karlsruhe; **Braungardt**, Isolde, Karlsruhe; **Braungardt**, Kurt, Karlsruhe; **Broeker**, Gudrun, Karlsruhe; **Brüning**, Dr. Rainer, Karlsruhe; **Brunner**, Dr. Isolde, Karlsruhe; **Brunner**, Paul, Karlsruhe; **Cämmerer**, Dr. Bernhard, Karlsruhe; **Exner**, Dr. Peter, Bretten; **Fahrenbruch**, Rainer, Karlsruhe; **Furtwängler**, Dr. Martin, Karlsruhe; **Goldschmit**, Johannes, Karlsruhe; **Gutjahr**, Rainer, Karlsruhe; **Hanauer**, Rainer, Karlsruhe; **Herrbach-Schmidt**, Dr. Brigitte, Karlsruhe; **John**, Dr. Herwig, Marxzell; **Kiehle**, Edmund, Eppingen; **Kirchner**, Dr. Hildebert, Karlsruhe; **Kitzery**, Michael, Singen a.H.; **Klotz**, Jeff, Remchingen; **Kremer**, Hans-Jürgen; Hagenbach; **Kreutz**, Jörg, Ladenburg; **Krimm**, Prof. Dr. Konrad, Karlsruhe; **Lang**, Susanne, Karlsruhe; **Laubscher**, Rosemarie, Wörth; **Moebus**, Stefan, Neckarsulm; **Mühlán**, Johannes, Sasbach; **Müller**, Dr. Leonhard, Karlsruhe; **Peters**, Tim, Karlsruhe; **Pfanz-Sponagel**, Dr. Christiane, Freiburg; **Posth**, Walter, Karlsruhe; **Reinhard**, Ursula, Karlsruhe; **Rödel**, Prof. Dr. Volker, Karlsruhe; **Roellecke**, Elga, Karlsruhe; **Roellecke**, Prof. Dr. Gerd, Karlsruhe; **Ruppert**, Prof. Dr. Karsten, Eichstätt; **Schach**, Gerlinde, Karlsruhe; **Schillinger**, Erich, Karlsruhe; **Schwarzmaier**, Prof. Dr. Hansmartin, Karlsruhe; **Stephan**, Joachim, Eppelheim; **Weis**, Jürgen, Stuttgart; **Wennemuth**, Dr. Udo, Heidelberg; **Wiese**, Dr. Wolfgang, Karlsruhe; **Wüst**, Gabriele, Rastatt; **Zippelius**, Dr. Karl, Karlsruhe..

Vortrag von

**Professor Dr. Karsten Ruppert**, Eichstätt

über

**Politik als Leidenschaft:**

**Die Karriere des Friedrich Daniel Bassermann (1811-1855)**

## I

Wenn sich die Deutschen der Ahnherren ihrer Demokratie erinnern, fällt der Name von Friedrich Daniel Bassermann so gut wie nie. Das Schicksal, vergessen worden zu sein, teilt er mit vielen Frühliberalen und Revolutionären von 1848 / 49. Dass er selbst im Reigen derer, die im Gedächtnis geblieben sind, eher in der zweiten Reihe tanzt, ist erstaunlich. Denn in Vormärz und Revolution wie in der Zeit von deren Nachbeben hatte er zu den bekanntesten Repräsentanten des frühliberalen juste milieus gehört. Es lohnt sich also Schicksal und

politischem Weg Friedrich Daniel Bassermanns nachzugehen. Dies soll heute abend geschehen, indem er als Repräsentant des deutschen Liberalismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgefasst wird.

## II

Friedrich Daniels Vater betrieb schon mit etwas über 20 Jahren in Mannheim ein Weinhandelsunternehmen mit Geschäftspartnern in ganz Europa. 1805 heiratete er Wilhelmine Reinhardt (1787 - 1869), eine Tochter des ersten von der Bürgerschaft gewählten Oberbürgermeisters von Mannheim (1809). Mit Hilfe von deren Mitgift, Ansehen und Tüchtigkeit sowohl als Haus- wie Geschäftsfrau steigt Friedrich Ludwig an die Spitze der Mannheimer Gesellschaft auf. Er handelt nun auch mit Tüchern, Tabak und Getreide im internationalen Maßstab und betreibt wie viele Großkaufleute der Zeit daneben auch noch Geldgeschäfte. Er ist aber auch ein politisch wacher Zeitgenosse. Mit Sympathie steht er der burschenschaftlichen Bewegung gegenüber und unterstützt den griechischen Freiheitskampf. Folglich lässt er sich auch in den Gemeinderat wählen, aus dem er aber im Juli 1848 wieder ausscheidet, da er wie auch sein politisierender Sohn Friedrich Daniel mit den revolutionären Bestrebungen über Kreuz gerät.

Friedrich Daniel wurde also 1811 in das Milieu des frühliberalen Bürgertums hineingeboren. Dessen Selbstverständnis und zum Teil auch Menschenbild beruhte weitgehend auf seinem wirtschaftlichen Erfolg, den man selbstbewusst ganz und gar eigenen Anstrengungen zuschrieb. Der Wohlstand garantierte zugleich die materielle Unabhängigkeit und Selbständigkeit, die diesem liberalen Bürgertum für politische Betätigung unabdingbar erschienen. Nur derjenige, der für sich selbst sorgen konnte, durfte auch Verantwortung für andere übernehmen: Denn nur der brachte die dafür unverzichtbare Voraussetzung mit, sich für das Wohl aller und nicht für sein eigenes oder das seiner Anhänger einzusetzen.

## III

Es war keine Frage, dass Friedrich Daniel nach dem frühen Tod des älteren Bruders dem so außerordentlich erfolgreichen Vater folgen sollte. Er verließ daher das Lyzeum vorzeitig, um mit 15 Jahren eine kaufmännische Lehre in der Eisenhandlung seines Onkels zu beginnen. Während der Ausbildung sammelte er Erfahrungen bei Geschäftsfreunden in Frankreich, Italien und England, so dass er schon mit Anfang zwanzig über eine gewisse Weltläufigkeit verfügte. Er hat sich auf eine Branche mit Zukunft spezialisiert: den Handel mit pflanzlichen,

mineralischen und tierischen Grundstoffen. Diese wurden in der chemischen, pharmazeutischen und technischen Produktion, die unter anderem in Mannheim verstärkt Fuß fasste, immer mehr benötigt.

Mit Unterstützung des Vaters machte sich Friedrich Daniel im November 1833 selbständig und erweiterte sein Angebot um Konsumwaren für den höheren Bedarf wie um „Kolonialwaren“. Ein halbes Jahr später schloss er die Ehe mit der Tochter eines ehemaligen Mannheimer Pfarrers, aus der fünf Kinder hervorgingen. Nachdem sich auch der wirtschaftliche Erfolg bald einstellte, waren alle Voraussetzungen gegeben, um sich Mitte zwanzig auch öffentlich zu engagieren. Das politische Ansehen des Vaters und die gesellschaftlichen Verbindungen, die über die Familie der Ehefrau und besonders der Mutter bestanden, erleichterten den raschen Erfolg. Er profilierte sich in kulturellen Vereinen und Komitees und wurde Gründungsmitglied der Casino-Gesellschaft, der für die politische Formierung des Bürgertums vielleicht wichtigsten Einrichtung der Stadt.

Als Friedrich Daniel Bassermann 1838 sein erstes öffentliches Mandat im „Kleinen Bürgerausschuss“, ein den Gemeinderat ergänzendes und kontrollierendes Gremium, übernahm, begann sich die städtische Gesellschaft allmählich politisch zu differenzieren. Das war Folge von Reformen, durch die die Staatsbürokratie eine moderate Beteiligung unterbürgerlicher Schichten an der Stadtpolitik gegen die großbürgerliche Oligarchie erzwungen hatte. So erlebte der Jungpolitiker in der Kommune die Staatsregierung zum ersten Mal als Widerpart großbürgerlicher Freiheit. Der Kampf gegen sie förderte ebenso seine rasche kommunalpolitische Karriere wie sein unermüdliches Plädoyer für die Einheit der Interessen und Überzeugungen der stadtbürgerlichen Gemeinschaft.

Da der junge Kaufmann sein Programm mit Ernsthaftigkeit und Souveränität vertrat, hat er früh die Aufmerksamkeit der Liberalen im Land erregt. Das ebnete ihm den Weg in die Landespolitik. Mit 30 Jahren gerade wählbar, errang er im Juni 1841 mit 55 Stimmen der 61 Wahlmänner das Mandat seiner Vaterstadt für die Badische Ständeversammlung. Von allen Beschränkungen des Wahlrechts abgesehen, waren Abkömmlichkeit und ein solides Auskommen Voraussetzungen dafür, um in der Zeit des Vormärz Politik jenseits der Gemeindegrenzen zu machen. Über beides verfügte Friedrich Daniel. Er ging aber noch einen Schritt weiter. Im Jahr seiner Wahl verkaufte er sein Handelsunternehmen an seinen jüngeren Bruder Julius, um sich ganz der Politik zu widmen. Darüber hinaus unterstützte der Vater ihn

immer wieder während einer Laufbahn, die innerhalb der Bassermannschen Sippe von Kaufleuten und Großhändlern ungewöhnlich war.

#### IV

Friedrich Daniel zog also in die Kammer der Volksvertreter in Karlsruhe ein, von der die großherzogliche Regierung zwar nicht abhängig, auf die sie aber bei der Gesetzgebung zusammen mit der ständischen Ersten Kammer angewiesen war. Es begann damals eine neue Phase badischer Politik. Die doktrinären Liberalen, die eine prinzipielle, doch zugleich selbstgenügsame Opposition in der Zweiten Badischen Kammer betrieben hatten, wurden durch die Generation der Söhne abgelöst. Diese bemühte sich vermehrt um praktische Fortschritte, war weltkundig und dachte national. Sie war von der baldigen Überwindung des fürstlichen Obrigkeitsstaates durch das liberale Bürgertum überzeugt. Die Umgestaltung der Staaten des Deutschen Bundes im Innern im Sinne des liberalen Verfassungsstaates stand ebenso auf ihrem Programm wie die Weiterentwicklung dieses Fürstenbundes zu einem bürgerlichen Nationalstaat.

Obwohl die Jungen mehr als die Älteren einem zeitweisen Zusammengehen mit der Regierung nicht abgeneigt waren, lehnten sie die derzeitige unter dem Freiherrn von Blittersdorff ab. Denn sie machten diese für die Restaurationspolitik seit 1835 verantwortlich. Höhepunkte dieses Kampfes war der Misstrauensantrag des ehemaligen Hofgerichtsrates Johann Adam Itzstein vom 15. Februar 1842, angeblich der erste in der deutschen Geschichte. Bassermann sekundierte mit der Forderung nach dem Rücktritt der Regierung, da diese durch ihre massive Beeinflussung der vorangegangenen Wahlen, die Beamten zu ihrem Instrument erniedrigt und so die Moral weiter Kreise des Volkes verdorben habe.

In der Zweiten Kammer konzentrierte sich schließlich der Streit auf die Frage, ob die Regierung oppositionellen Beamten Urlaub für die Teilnahme an den Sitzungen der Kammer mit Berufung auf deren Loyalitätspflicht verweigern dürfe. Da dieser Konflikt für die Liberalen aber nur Symptom einer im Kern verfehlten Politik war, ging es sofort auch ums Grundsätzliche. Während die Regierung für sich beanspruchte, Wahrerin des Staatswohls zu sein, wohingegen die Abgeordneten nur Sonderinteressen verträten, hielten Bassermann und seine Gesinnungsgenossen daran fest, dass jeder von ihnen Repräsentant des Volkes und des Gemeinwohls sei. Sein in der erhitzten Debatte geprägter Satz, dass „die Regierung um des Volkes willen, nicht das Volk um der Regierung willen da“ sei, wurde zum Schlagwort; es trug, im Druck zusammen mit seinem Bild verbreitet, zu seiner wachsenden Popularität bei.

Letztlich war der Streit um die Disziplinierung der Beamten-Abgeordneten und um die Interventionen der Regierung in den Wahlkampf zugunsten regierungsfreundlicher Kandidaten ein Kampf um die Neuverteilung der Macht. Dass dieser zu keiner Lösung kam, sondern weiter schwelte, hat die Atmosphäre im Parlament wie im Land getrübt. Denn obwohl die liberale Opposition den Sturz Blittersdorffs im November 1843 erreichte, bei den Nachwahlen 1845 / 46 die Mehrheit errang und im Dezember auch noch ihr Kandidat Innenminister wurde, blieb die Grundlinie der badischen Politik unverändert. Obwohl die Zweite Kammer zum ersten Mal Einfluss auf die Regierung gewann, konnte das Ministerium seinen bürokratisch-konservativen Kurs beibehalten, da es Rückhalt am reaktionären Kurs des Deutschen Bundes fand. Insofern hatten die Siege im Parlament und bei den Wahlen für die liberale Bewegung durchaus ihre Kehrseite. Das Gefühl, trotzdem zu wenig erreicht zu haben, nährte grundsätzliche Zweifel am Kurs und trug zur Spaltung bei.

An diesen Kämpfen war Friedrich Daniel Bassermann an vorderster Front beteiligt und empfand die Zeit der kompromisslosen Opposition wohl als die glücklichste seines politischen Lebens. Denn er konnte sich im Wohlwollen seiner Standesgenossen und der ihnen noch weitgehend fraglos folgenden Massen aufgehoben fühlen. Weder durch Statur noch Stimme von der Natur zum Redner gemacht, stach er hervor, da er sich durch seine direkte und volkstümliche Ausdrucksweise von der höflich verklausulierten Kritik der Kammermehrheit unterschied. Meist beließ er es nicht bei Polemik, sondern bot brauchbare Lösungen an. Er überzeugte auch deswegen, weil er sich in die Materie gut eingearbeitet hatte, die Probleme in einen größeren politischen Zusammenhang einordnete und sie, gestützt auf ein breites historisches und philosophisches Wissen, gerne auch in ihrer grundsätzlichen Bedeutung beleuchtete. Gerade das Niveau solcher in der Regel frei gehaltener Reden von Bassermann und seinen Kollegen in den Kammern und später der Nationalversammlung belegt, dass jene Jahre ein Höhepunkt in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus gewesen sind.

Im Weltbild des erfolgreichen Kaufmanns waren das Unternehmertum und der sich selbst regulierende Markt eine feste Größe. Folglich lehnte er auch staatliche Hilfen ab, als in den schwieriger werdenden vierziger Jahren Betriebe und Banken bankrott gingen. Er war sich sicher, dass die einmal geöffnete Staatsschatulle nicht mehr würde geschlossen werden können. Er war aber nicht blind gegenüber der Not und sah in ihr im Gegensatz zu einem Teil seiner Gesinnungs-genossen auch eine Herausforderung für die Politik. Sein Antrieb war aber weniger sozial, eher politisch. Er gehörte zur Minderheit der Liberalen, die sich darüber im klaren war,

dass die die politischen Ideale des Bürgertums den Unterschichten für nur würden zu vermitteln sein, wenn auch deren Bedürfnisse befriedigt werden würden.

Was er und andere aber anzubieten hatten, überzeugte schon jetzt nicht mehr viele und mit der fortschreitenden Industrialisierung immer weniger. Da er die zunehmenden sozialen Gegensätze als ein Übergangsphänomen verstand, plädierte er nur für Einzelmaßnahmen gegen die ärgste Not. Denn letztlich würde sich das Problem dadurch lösen, dass der wachsende Wohlstand eine Gesellschaft mittlerer Existenzen hervorbringen würde. Bis dahin sollten die Massen von der Politik ausgeschlossen bleiben. Denn unabdingbar war für ihn, dass ein Politiker aufgrund seines Vermögens die nötige Unabhängigkeit und aufgrund seiner Bildung über ausreichendes Wissen verfüge. Mit dieser Überzeugung und der strikten Ablehnung aller Forderungen nach Gleichheit, die über die Rechtsgleichheit hinausgingen, war er dazu prädestiniert, der bevorzugte Gegner der Radikalen zu werden.

Bassermann bekämpfte oder verteidigte vieles unter nationalem Gesichtspunkt. Ging es um Missstände in der badischen Justiz versäumte er nicht, auf den Segen eines deutschen Zivilrechts zu verweisen; stand die Finanzierung der Eisenbahn auf der Tagesordnung, stellte er deren künftige Bedeutung für die nationale Verteidigung heraus; bekämpfte er die Konfessionsschule so auch, weil sie die Einigung des gemischtkonfessionellen Deutschland nicht fördern würde.

So war es nicht überraschend, dass der Mannheimer Abgeordnete am 15. April 1844 den Antrag einbrachte, neben der Versammlung der fürstlichen Gesandten am Deutschen Bund eine Vertretung des Volkes einzurichten. Damit hatte er das Anliegen gefunden, das wie kein anderes seine weitere Laufbahn bestimmen sollte. Denn er hatte den Nerv der Zeit getroffen und das Schlagwort vom deutschen Parlament wurde die Parole der Opposition in den Kammern und Zeitungen Deutschlands. Ihr Urheber war seitdem im ganzen Land bekannt.

Darauf hatte Bassermann auch schon außerhalb der Kammer hingearbeitet. Vermutlich im Laufe des Jahres 1843 hat er unter finanzieller Beteiligung seines politischen Idols Karl Mathy einen Verlag mit einem breit gefächerten Programm gegründet. Politische Wirkung wurde aber dadurch erzielt, dass seit Mai 1847 die von Mathy und dem Heidelberger Literaturhistoriker Georg Gottfried Gervinus redigierte „Deutsche Zeitung“ in seinem Verlag erschien. An ihr waren unter anderem Friedrich Daniel und sein Vater als Aktionäre beteiligt. Diese Zeitung war im Januar von den führenden Köpfen Süddeutschlands vor allem als ein Organ des gesamten deutschen Liberalismus konzipiert worden. Doch hielt ihr rückhaltloses Eintreten für Preußens

Führungsrolle auf dem Weg zur deutschen Einheit die Großdeutschen und ihre Neigung zum Ausgleich mit den Fürsten auf der Grundlage der konstitutionellen Monarchie Demokraten und Radikale auf Distanz.

Das nationale Anliegen, das Zeitung und Verlag ebenfalls tüchtig propagierten, förderte Bassermann zur gleichen Zeit, indem er persönliche Kontakte zu den preußischen Liberalen knüpfte. Eine Frucht davon war die Zusammenkunft des preußischen Liberalen David Hansemann mit Abgeordneten aus Hessen, Nassau, Baden und Württemberg in Heppenheim am 10. Oktober 1847. Ihr Zweck war die Festlegung des in der deutschen Frage zu verfolgenden Kurses. Während die Mehrheit wegen des dann zu erwartenden geringeren Widerstands der Fürsten zunächst für die Schaffung eines nationalen Wirtschaftsgebiets eintrat, zog es Bassermann vor, den politischen Zusammenschluss weiterhin direkt anzustreben: durch eine parlamentarische Vertretung beim Bundestag. Er verließ sich dabei auf das sich als richtig erweisende Empfinden, dass die alten Kräfte in Deutschland und Europa den „Drang nach Einheit und Freiheit“ bald nicht mehr würden aufhalten können.

Daran knüpfte der Abgeordnete Bassermann an, als er in der Kontinuität seines Vorstoßes von 1844 am 12. Februar 1848 seinen berühmten Antrag an den Großherzog stellte. Er forderte ihn auf, dahin zu wirken, dass „durch Vertretung der deutschen Ständekammern am Bundestage“, der sich auch die österreichischen Stände anschließen könnten, „ein sicheres Mittel zur Erzielung gemeinsamer Gesetzgebung und einheitlicher Nationaleinrichtungen geschaffen werde.“ Geschickt warb er um das Vertrauen der Fürsten für die liberale Bewegung, drohte ihnen aber zugleich mit der Revolution, wenn sie nicht mitziehen würden. So deutlich wie noch nie war die Idee der Freiheit mit der der Nation verknüpft, wenn er mit Blick auf Westeuropa und die Vereinigten Staaten von Amerika betonte, dass Größe und Macht einer Nation sich nur dort entfalten können, wo die Regierung dem Willen des Volkes entspreche. Bassermanns politischer Instinkt hatte ihn erneut nicht im Stich gelassen. Auf dem Höhepunkt revolutionärer Gärung und nationaler Euphorie bewegte die Rede zu seinem Antrag die Abgeordneten tief und er fand den Beifall der Deutschen wie bisher wohl noch kein Politiker zuvor.

Doch trübte sich das Hochgefühl rasch ein. Als die erste Nachricht vom Ausbruch der Revolution in Frankreich in Mannheim eintraf, richtete eine von den Demokraten organisierte Volksversammlung am 27. Februar eine Sturmpetition an Kammer und Regierung. Wohl schon damals ahnte er, dass eine Grundannahme seines bisherigen politischen Wirkens ins Wanken geraten war: die Einheit und Führungsrolle der bürgerlich-liberalen Bewegung.

- Die Einheit war gefährdet durch die Radikalen, die die Gunst der Stunde zur völligen Beseitigung des Regiments der Fürsten nutzen wollten und in allen Verhandlungen und Kompromissen mit diesen nur Halbheiten sahen;
- die Führung schien ihm schließlich gefährdet durch die eigenständigen Aktionen der unterbürgerlichen Schichten.

Die Entwicklung, die er selbst mit ausgelöst hatte, weckte in ihm von Anfang an Hoffnung und Befürchtung zugleich. Politisch zog er die Konsequenz insofern, als er noch mehr auf Vereinbarungen mit den Fürsten setzte. Seit die meisten von ihnen liberale Ministerien berufen hatten, gab es auch scheinbar keinen Grund mehr, ihnen zu misstrauen.

Praktisch war diese Strategie durch Einberufung einer Nationalversammlung umzusetzen. Eile schien geboten.

- Denn es formierte sich auf Volksversammlungen ein außerparlamentarisches Aktionsbündnis zwischen Demokraten, republikanischen Linken und rebellierenden Unterschichten, das in erste blutige Kämpfe in der zweiten Aprilhälfte mündete;
- andererseits galt es, die Konzessionsbereitschaft der fürstlichen Ministerien zu nutzen, die nicht zuletzt dadurch ausgelöst worden war.

Zunächst konnte sich Bassermann dadurch bestätigt sehen, dass der Weg zur Nationalversammlung in seinem Sinne verlief und noch von Liberalen und Demokraten gemeinsam gegangen wurde. Bereits mit dem Einzug des Vorparlaments in die Paulskirche am 31. März 1848 war ein Lebenstraum in Erfüllung gegangen. Denn in diesem Gremium, das die Wahlen durchführen und die Bundesversammlung unter Kontrolle halten sollte, hatte für ihn die Einheit des so lange zerrissenen Vaterlands Gestalt angenommen. Diese Entwicklung, das Glück, dadurch an „der zukünftigen Gestaltung meines Vaterlandes unmittelbar teilzunehmen“, wie der Empfang, den die Bevölkerung Frankfurts den Volksmännern bereitete, weckten in ihm wieder die alte Zuversicht.

Es war ein Zeichen der inzwischen nationalen Popularität, dass Komitees mehrerer Wahlkreise außerhalb Badens, Bassermann die Kandidatur für die Wahlen zur Nationalversammlung antrugen. Er ist schließlich im unterfränkischen Stadtprozelten zum Zuge gekommen, zu dem wohl davor und danach keinerlei Beziehungen bestanden.



## V

In der am 18. Mai 1848 eröffneten Nationalversammlung hat sich Bassermann den rechten Liberalen in der „Casino-Partei“ angeschlossen, in der er zu einem der Mitvorsitzenden aufstieg. Er konnte aber als einer der Repräsentanten aller gemäßigt bürgerlich-liberalen Fraktionen gelten, welche die Mehrheit stellten. Sein Ansehen und sein Redetalent prädestinierten ihn dazu ebenso wie sein auf das Machbare ausgerichteter Wirklichkeitssinn und der Mut wie die Konsequenz, mit der er die Überzeugungen dieses Lagers verfocht.

Da Bassermann über das Verfassungswerk die Bindung zwischen Volk und Nationalversammlung stärken wollte, wurde auf sein Drängen hin schon am 25. Mai der Verfassungsausschuss eingesetzt. Es war für ihn eine besondere Auszeichnung, dass die sich dort versammelnden Juristen, Historiker und Hochschullehrer einen erfolgreichen Geschäftsmann und renommierten Politiker zum Vorsitzenden dieses Schlüsselgremiums des Frankfurter Parlaments bestimmten. Er hat seine Hauptaufgabe darin gesehen, durch geschicktes Moderieren und Strukturieren die Verhandlungen zügig voranzutreiben.

Er griff daher auch selten in die Debatten ein. Am ausführlichsten tat er dies während der Beratungen der Freiheitsrechte des Volkes. Es war ihm ein Anliegen, diese nicht uneingeschränkt zu gewähren, da das Volk künftig ja Regierungen gegenüberstehe, denen es Vertrauen könne und deren Autorität gestärkt werden müsse. Diese Interventionen entsprangen einer Überzeugung Bassermanns, die er während der Revolution mehr als je in Erinnerung zu rufen sich gezwungen sah: Freiheit kann es nur in der Ordnung geben. Beide haben zum einen Macht und Autorität zur Voraussetzung, als auch bedürfen sie zum anderen der Beschränkung des Einzelnen wie aller.

Die Nationalversammlung war noch nicht einen Monat zusammen, als der Abgeordnete Bassermann diese am Scheideweg zwischen Revolution und Legitimität sah. Anlass war die Frage, wie die oberste Gewalt im neuen Deutschland auszusehen habe. Er selbst bekannte sich vorbehaltlos zu Legitimität und Kontinuität. Denn er hätte am liebsten für die Zeit des Provisoriums die oberste Gewalt beim von den Fürsten beherrschten Bundestag gelassen, da sich dieser der Nationalversammlung untergeordnet und zugleich als effektiv und national zuverlässig erwiesen habe - ein erstaunliches Lob dieser Einrichtung von einem ihrer bisher schärfsten Kritiker! Eine solche Sicht teilte selbst die Mehrheit seiner Gesinnungsfreunde nicht.

Deshalb bemühte sich der Präsident der Nationalversammlung Heinrich von Gagern darum, Gemäßigte und Linke zusammenzuführen. Er verknüpfte das Prinzip der Volkssouveränität mit dem der Legitimität, indem er einen „Reichsverweser“ aus der Dynastie der Habsburger durch die Nationalversammlung wählen lassen wollte. Darin sah Bassermann zumindest nachträglich einen schweren Schlag für das legitimistisch-konstitutionelle Projekt. Dennoch schloss er sich der überwiegenden Mehrheit an. Er tröstete sich im entscheidenden Augenblick damit, dass es allein darauf ankomme, dass die Exekutive dem Willen der Nation folge, es dahingegen nachrangig sei, wie sie ins Amt gelange.

Wenn es noch eines Anstoßes bedurft hätte, so hat diese Entwicklung in dem rastlosen Abgeordneten das Gefühl gestärkt, dass in der Zeit des Höhepunkts seines Ansehens und seiner Macht sich auch schon der Umschlag anbahnte. Die Zeichen dafür waren ihm die unverantwortliche Agitation der linken Demagogen in den Parlamenten, auf den Volksversammlungen und in der Presse, wo sie die Massen durch unerfüllbare Versprechungen für sich gewannen. Die von ihnen propagierte Idee der Gleichheit schien ihm lebensfeindlich, da sie die natürliche Ordnung der Dinge auf den Kopf stellte; als politische Doktrin in der Form des Kommunismus hielt er sie für Wirtschaft und Gemeinwesen gleich zerstörerisch. In der intellektuellen Vorhut von links sah er auch die Urheber der Aufstände und Unruhen im Lande, die nicht nur das Zusammenspiel zwischen Straße und Parlament, sondern auch mit den Revolutionären im Ausland koordinierte. Er gewann auch immer mehr die Überzeugung, dass die Radikalen, teils auch die Demokraten, immer weniger die Ideale der nationalen Einheit, des Parlamentarismus und der Verfassung teilten. Und jetzt stellten auch noch die unterbürgerlichen Schichten die soziale Hierarchie in Frage.

Tief erschütterte den Volksvertreter Friedrich Daniel Bassermann, dass sich der Hass dieser Schichten gerade gegen ihn und Seinesgleichen richtete. In Mannheim hatte sich die Stimmung gegen das ehemalige Idol gewendet: Sein Vater war aus dem Stadtrat gedrängt worden, seine Brüder wurden bedroht und geschäftlich geschnitten. Der Paulskirchenabgeordnete zog es daher vor, seine Familie nach Frankfurt zu holen. Die Frankfurter Barrikadenkämpfe des September, bei denen zwei Mitglieder der Nationalversammlung ermordet worden waren, festigten seine Überzeugung, dass die linken Wortführer und der von ihnen manipulierte „Pöbel“ auch vor Terror nicht zurückschreckten. Die von solchen Erfahrungen geprägten Abrechnungen mit der Linken haben von all seinen Paulskirchenreden die größte Resonanz im Land gefunden; sie wurden massenhaft im Druck verbreitet. Klar, dass seine Gegner seine zunehmenden Attacken gegen den gewaltbereiten Mob in Ausfälle eines sozialreaktionären und

hartherzigen Besitzbürgers umzudeuten suchten, der die Notleidenden auch noch moralisch verteufle.

## VI

Wegen der Zuspitzung der Lage trat Bassermann entschieden für die Bildung einer exekutiven Gewalt durch die Nationalversammlung ein. Diese so genannte provisorische Zentralgewalt sollte vor allem vom linken Zentrum und seiner Casino-Fraktion getragen werden. So lag es nahe, dass auch er in dem kollegial beratenden Reichsministerium Verantwortung übernahm, und zwar als Unterstaatssekretär im Innenministerium.

Nach einer ersten Krise und anfänglichen Unzulänglichkeiten festigte sich die provisorische Zentralgewalt und fand auch die formale Anerkennung der bundesstaatlichen Regierungen. Dies war für Bassermann ein entscheidender Schritt hin auf ein bürgerlich-demokratisches Deutschland. Dies trübte ihm freilich nicht den Blick für die Gefahren auf dem Weg dorthin. Die Kämpfe zwischen Freischärlern und regulären Truppen dauerten an; und jetzt wandte sich auch noch das Bürgertum wegen der lähmenden Auswirkungen dieser Unruhen auf das Wirtschaftsleben und der zunehmend enttäuschten nationalen Erwartungen von der Mehrheit des Parlaments immer mehr ab. Dass diese Entwicklung aber auch den Boden für den reaktionären Gegenschlag bereitete, ignorierte er, obwohl es in einigen Bundesstaaten dafür schon erste Anzeichen gab. Statt dessen konzentrierte sich das Innenministerium darauf, Vorbereitungen gegen Aufstände und Terrorakte zu treffen.

Das dazu bevorzugte Verfahren, Reichskommissare zu entsenden und Truppen im Zusammenspiel mit den jeweiligen Bundesstaaten einzusetzen, stieß aber bei den größeren an seine Grenzen. So hatte Frankfurt zusehen müssen, wie in Wien die revolutionären Garden bis Ende Oktober in blutigen Kämpfen von regulären Truppen vernichtet wurden. Als in Berlin Ähnliches drohte, ging das Reichsministerium daher behutsam zu Werke. Denn spätestens mit dem jetzt einsetzenden Ausscheren Österreichs aus der Paulskirchenbewegung hing deren Schicksal an Preußen. Es wurde daher Unterstaatssekretär Bassermann am 6. November nach Berlin geschickt mit dem Auftrag, „im Einvernehmen mit der königl. Preuß. Staats-Regierung im Namen der Centralgewalt“ für „die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung in Berlin“ zu sorgen. Mündlich war er angewiesen worden, auf der Unterwerfung Preußens unter die Zentralgewalt und die Gesetzgebungshoheit der Nationalversammlung zu bestehen.

Bassermanns Vorgehen in Berlin und insbesondere seine Bewertung des dortigen Parlamentarismus ist von seinen Ministerkollegen zurückhaltend, doch von den Volksvertretungen in Berlin und Frankfurt so vernichtend kritisiert worden, dass er zum dann nicht angenommenen Rücktritt bereit war. Und auch in der Forschung ist seine erste Berliner Mission auf wenig Verständnis gestoßen. Wie ist das zu erklären?

Für den Unterhändler der Provisorischen Zentralgewalt war schon vor seiner Abreise die preußische Nationalversammlung eine von Linken im Zusammenspiel mit der Straße terrorisierte Versammlung. Von ihr erwartete er nicht nur für die Hohenzollern-Monarchie, sondern auch für die Reichsinstitutionen nichts Gutes. Diesen Eindruck fand er denn auch vor Ort bestätigt. Deswegen hat er nicht gegen die inzwischen erfolgte Verlegung und Vertagung des Parlaments protestiert und keinerlei Anstalten gemacht, auftragsgemäß zwischen ihm und der Krone zu vermitteln. Er verstand die Berliner Ereignisse allein als einen Kampf der Mächte der Ordnung gegen die der Anarchie; die machtpolitische Dimension, das Ringen zwischen Volkssouveränität und monarchischer Gewalt, blendete er aus. Es war ihm wohl auch klarer als der Mehrheit seiner Kollegen, dass sich die preußische Monarchie Frankfurter Beschlüssen nicht ohne weiteres unterordnen würde. Deswegen rückte er dieses Anliegen nicht in den Vordergrund. Ihm ging es vielmehr darum, alles zu vermeiden, was die Erfüllung seines politischen Herzenswunsches gefährden konnte: die Gewinnung des preußischen Königs für ein Zusammengehen mit den Frankfurter Konstitutionellen. Das hätte die ersehnte Einheit gebracht und zugleich die gefürchtete Linke in die Schranken gewiesen.

Der Gesandte des demokratischen Deutschlands hat daher gegenüber Friedrich Wilhelm IV. in den Audienzen am 11. und 14. November es als ausgemacht hingestellt, dass die Paulskirche ihm die erbliche Kaiserkrone anbieten werde. Der König ließ sich aber weder durch solche Zukunftsaussichten beeindrucken noch durch das von Bassermann schon in der Badischen Ständeversammlung gerne benutzte Argument, dass die Monarchien in Deutschland nur im Bündnis mit dem konstitutionell-liberalen Bürgertum zu retten sein würden. Zwar hat der König von Preußen das Angebot nicht direkt zurückgewiesen, doch seine Abneigung dagegen nicht verhehlt; er spielte zunächst auf Zeit.

In diesen Audienzen hat der König seinen Gesprächspartner davon überzeugt, dass er nie parlamentarisch zu regieren gedenke und am Gottesgnadentum festhalte. Doch auch dies hat den Abgesandten nicht in seiner Überzeugung erschüttern können. Die staatliche Einheit Deutschlands nach den Vorstellungen der Paulskirchenmehrheit schien ihm nach wie vor nur

mit Preußen erreichbar. Um diese Möglichkeit nicht zu verbauen, hat er seinem Ministerpräsidenten die Absicht Friedrich Wilhelms verschwiegen, die Würde eines deutschen Oberhauptes nur mit Zustimmung der Fürsten anzunehmen, und in seinem Bericht an die Nationalversammlung hat er den politisch brisanten Teil seiner Mission vertuscht.

## VII

Nach Bassermanns Rückkehr traten die Verfassungsberatungen im Plenum der Nationalversammlung in ihr entscheidendes Stadium. Dabei standen für ihn angesichts der gegenrevolutionären Aktionen in Österreich und Preußen Fragen der Reichs- und Regierungsspitze im Vordergrund. Eine starke Regierung pries er als Schutzwall gegen die fürstlichen Partikulargewalten und am Beispiel Belgiens und Großbritanniens legte er dar, dass sich Erbllichkeit der Krone und Demokratie gut vertrügen; im Gegensatz zum republikanischen Frankreich verbürge diese Verbindung darüber hinaus Stetigkeit im Innern und Ansehen draußen. Die Furcht vor Preußen suchte er durch den Hinweis auf dessen konstruktive Rolle im Zollverein zu zerstreuen.

Mit einer ungewöhnlichen Starrheit hielt er am indirekten Klassenwahlrecht fest. Vermutlich da er es als unabdingbar für die Gewinnung Friedrich Wilhelms ansah. Doch war seine Haltung wohl auch vom Klasseninteresse bestimmt. Denn die Ausschließung fast aller abhängig Arbeitenden und die Gleichsetzung von Besitz mit Moral und politischer Verantwortung waren doch mehr Mittelstandsideologie als selbst ein Teil seiner Gesinnungsgenossen gutheißen konnte. Sie haben denn auch, um die Annahme der Verfassung zu sichern, der Linken die Konzession des freien und allgemeinen Wahlrechts gemacht. Dem hat er sich sicherlich schweren Herzens gefügt, um die deutsche Einheit doch noch zu retten.

Vor Abschluss der Verfassungsberatungen und noch ehe die Nationalversammlung den preußischen König am 28. März 1849 zum deutschen Kaiser wählte, hat er sich privat an Friedrich Wilhelm gewandt. Er wollte ihn davon überzeugen, dass das Schicksal Preußen auserkoren habe, Deutschland zu retten. Dabei war Bassermann kein Herzensmonarchist. Die Monarchie hatte für ihn wie einen beträchtlichen Teil der Liberalen nur noch funktionalen Charakter. Denn im Grunde wurde der preußische König aufgefordert, das durch das Bürgertum begründete Deutschland zu retten und nach der Verabschiedung des allgemeinen Wahlrechts war er unverzichtbar, um dessen Vorherrschaft vor allem gegen die soziale Dynamik zu befestigen. Daher ist dem Briefschreiber auch gar nicht aufgefallen, dass die Begründung des

neuen Kaisertums im „Willen der Nation“ den überzeugten Anhänger des Gottesgnadentums eher schrecken als locken musste.

Dem energischen Verlangen der provisorischen Zentralgewalt nach Anerkennung der inzwischen verabschiedeten Verfassung durch die Fürsten hatten sich bis Mitte April 1849 26 gefügt. Um nun auch Preußen, auf das es vor allem ankam, zu gewinnen, wurde erneut Bassermann für diese entscheidende Mission ausgewählt. Er war das Regierungsmitglied, das am Hof das höchste Ansehen genoss.

Als er am 30. April 1849 in Berlin eintraf, hatte sich die Lage dramatisch verändert. Die preußische Nationalversammlung war inzwischen aufgelöst worden und am 28. hatte Friedrich Wilhelm die ihm angetragene Kaiserkrone abgelehnt so wie die Paulskirchenverfassung verworfen. Preußen wollte nun das neue Deutschland nach seinen Vorstellungen schaffen und ihm im Einvernehmen mit den Bundesfürsten eine andere Verfassung geben. In ihr hätte das indirekt und nach einem Zensus zu wählende Volkshaus nur noch ein Schattendasein geführt. Die Frankfurter Nationalversammlung sollte in die Revision ihres Werkes ebenfalls eingebunden werden. Durch den Rückzug von gemäßigten Abgeordneten aber immer mehr radikalisiert, bestand sie unnachgiebig auf der Anerkennung ihrer Reichsverfassung; sie verband dies mit einem Aufruf an das Volk, sie dabei zu unterstützen. Die preußische Regierung erblickte darin einen illegitimen Eingriff in ihre Hoheitsrechte und bot allen, die mit ihr die riskante Wende vollziehen wollten, militärische Hilfe an. Berlin hatte endgültig mit Frankfurt gebrochen und daher die Verhandlungen mit dessen Unterhändler eingestellt.

## VIII

Dieser blieb dennoch auf eigene Faust in Berlin. Er gab sich der Illusion hin, die Politik Preußens, auf das er nun ganz setzte, beeinflussen zu können. In autosuggestiver Verkennung der Absichten der Gegenseite war er sich sicher, dass aufgrund des Wirkens der Nationalversammlung auch die jetzt von Preußen anvisierte Verfassung „die wesentlichen Bedingungen der Einheit und Freiheit zur Grundlage haben wird.“ Er klammerte sich an den Plan des preußischen Ministerpräsidenten Radowitz. Dieser wollte die deutsche Einheit sowohl durch Vereinbarungen mit den fürstlichen Regierungen als auch deren Absegnung durch ein Parlament herbeiführen; danach sollte Österreich in einem weiteren Bund zumindest wirtschaftlich angeschlossen werden.

Selbst einige Parteiliebe waren darüber frapportiert, mit welchem unverhohlenen Eifer Bassermann diese preußische Politik unterstützte. Doch mussten sie sich nach dem Scheitern der Frankfurter Nationalversammlung bald selbst dazu verstehen, wenn nicht alles umsonst gewesen sein sollte. Gewiss, die preußischen Vorstellungen vom Wahlrecht, die schwache Stellung der Zentralgewalt passte ihnen ebenso wenig wie das kompliziertere Gesetzgebungsverfahren aufgrund der Stärkung der Einzelstaaten wie der Einführung eines Fürstenkollegiums. Doch in dem im Namen Preußens, Hannovers und Sachsens vorgelegten Verfassungsentwurf waren manche Beschränkungen der Volkssouveränität wie der Grundrechte durchaus in ihrem Sinne. Die Konstitutionellen beschlossen daher auf einer Reichsversammlung in Gotha im Juni 1849, im Gegensatz zur Linken sich an den Wahlen zu dem Parlament, das den Entwurf beraten sollte, zu beteiligen. Der anwesende Bassermann war darüber so erleichtert, dass er nun keinen Zweifel mehr daran hatte, dass Preußens Stern über Deutschland aufgehen würde. Denn über den Widerstand Österreichs und vor allem der beiden süddeutschen Königreiche würde die nun in Gang gekommene Entwicklung hinweggehen.

Trotz unverkennbarer Zeichen von Erschöpfung kandidierte Bassermann daher für das Erfurter Unionsparlament, und zwar erfolgreich im preußischen Wahlkreis Kreuznach-Simmern. In der am 20. März 1850 eröffneten Versammlung stritt er fast nochmals im alten Kampfgeist, vor allem wenn es gegen die preußischen Ultras um Otto von Bismarck ging. Doch war alles Entgegenkommen und Verbiegen der Konstitutionellen vergeblich gewesen. Die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung war selbst bei der Mehrheit der preußischen Royalisten auf Ablehnung gestoßen. Sie fanden jetzt Rückhalt am misstrauischen Österreich und den deutschen Mittelstaaten, die eine preußischen Hegemonie fürchteten. Schon nach wenigen Wochen ging man daher ohne Ergebnis auseinander.

## **IX**

Das Scheitern auch dieser Hoffnung und seine angeschlagene Gesundheit zwangen den noch nicht vierzigjährigen Politiker jetzt doch, sich zurückzuziehen. Er setzte zunächst das Diktat an seinen Fragment gebliebenen „Denkwürdigkeiten“ fort; sie sind durchzogen von einem pessimistischen Bild von der Welt und den Menschen. Politisch rechtfertigt er seine Wende von der Freiheit zur Einheit damit, dass die Einheit durch die Radikalisierung der Revolution Voraussetzung für eine Freiheit in Ordnung und mit Maß geworden sei. Die Schuld an dieser Entwicklung trage die Linke. Sie habe überwiegend unverantwortlich und destruktiv gehandelt,

vor allem weil sie mit ihrer sozialen Demagogie die niederen Leidenschaften der Masse entfesselt habe.

Spätestens seit dem Mai 1850 wurde offensichtlich, dass das für ihn zweifellos existentielle politische Ringen der letzten Jahre an seinen Nerven gezehrt hatte. Seine Furcht, trotz mehrerer Kuraufenthalte nicht mehr zu genesen, sollte sich bestätigen. Anfang 1853 kam ein psychosomatisches Leiden hinzu. Sein Freund Karl Mathy konstatierte an ihm Antriebslosigkeit und Depressionen. Deren äußere Symptome waren „ein fortwährendes tiefes Atemziehen, Seufzen und Stöhnen, zuweilen Tränen“. Der große Kämpfer glaubte, zu weich für diese Welt zu sein.

Am 28. Juli 1855 feierten seine Eltern in großem Stil ihre Goldene Hochzeit; sie vermachten aus diesem Anlass jedem ihrer sechs Kinder 30.000 Gulden. Friedrich Daniel, der sich schon frühzeitig zurückgezogen hatte, hat sich am nächsten Morgen in seinem Schlafzimmer erschossen. Die Öffentlichkeit hat von seinem Tod kaum Notiz genommen; die Badische Ständeversammlung hat im November zwar den zuvor verstorbenen Ministerpräsidenten Bekk gewürdigt, eines ihrer größten Talente aber nicht.

## X

Wie seine gesamte politische Laufbahn so waren auch noch Scheitern und Tod von Friedrich Daniel Bassermann Symbol für das Geschick des vormärzlichen Liberalismus. Er war begabt gewesen mit einem wachen Geist, einer weitgehend selbst erarbeiteten gutbürgerlichen Bildung und der praktischen Intelligenz des Selfmademan. Mit solchen Fähigkeiten hat er für die Ideale und Interessen des Mittelstandes gegen die Widerstände der Fürsten und des Adels gekämpft. In der Badischen Ständeversammlung hat er dabei wie auch später mutig und ohne Rücksicht auf Popularität zu seinen Überzeugungen gestanden. Die Unruhen und die von ihnen ausgelöste Märzrevolution von 1848 begriff er als Chance, den stets verfochtenen Führungsanspruch des Bürgertums in Staat und Gesellschaft zu verwirklichen. Das Unternehmen scheiterte, da die bürgerliche Bewegung durch die außerordentlichen Herausforderungen in einen linken und rechten Flügel gespalten wurde: Dieser entfremdete sich um so mehr der Revolution, als die von der Linken instrumentalisierten Massen nicht zur Ruhe kamen. Das daher erfolgte Abrücken von der Freiheit, um im Bund mit den Fürsten doch noch die nationale Einheit zu retten, war keine Lösung, sondern erneutes Scheitern. Es hatte in historischer Perspektive mehr Substanz gekostete, als Bassermann und sein Anhang sich eingestehen wollten.



Es gibt wenige Generationen von Politikern, für die ihr Geschäft in einem solchen Umfang zum Schicksal wurde, wie für die von Friedrich Daniel Bassermann. Einige zahlten mit ihrem Leben. Eine beträchtliche Anzahl wurde verfolgt oder entzog sich durch Flucht wie Emigration. Manche büßten im Zuchthaus oder Gefängnis und viele hatten ihre wirtschaftliche Existenz verloren, wurden gesellschaftlich geschnitten oder waren politisch isoliert.

Verglichen damit war Bassermann zunächst gut davon gekommen. Dennoch war er spätestens seit der Wiederherstellung des Deutschen Bundes ernüchert. Ihm war klar geworden, dass nicht nur das nicht erreicht worden war, wofür er sich in den besten Jahren seines Lebens verzehrt hatte, sondern auch dass das, was bereits errungen worden war, am Boden lag. Der bürgerliche Liberalismus war nicht mehr der Protagonist der Volksbewegung, sondern in sich zerfallen, von den Massen verachtet, Partei unter Parteien. Ein vereintes Deutschland als bürgerlicher Verfassungsstaat war weiter denn je entfernt; die fürstlichen Partikulargewalten triumphierten allenthalben. Und dazu hatte man – wie sich nachträglich zeigte – noch die Hand gereicht. Denn der Glaube, dass Preußen aus einer verfahrenen Situation herausführen könne, erwies sich als Selbstbetrug. Dieses politische Scheitern ist wohl je länger, je mehr von Bassermann auch als ein persönliches empfunden worden, das ihn schließlich in die todbringende Depression trieb. So war er Opfer seiner Leidenschaft zur Politik geworden.

## DISKUSSION

Es fand keine Diskussion statt.